

Rechnungslegung

zu stärken und zur Profilierung des Regierungschefs als Finanzexperte beizutragen. So wurde in einer vom "Vaterland" in Auftrag gegebenen und publizierten repräsentativen Meinungsumfrage, ohne Hinweis auf die Fragestellung und Ergebnisse, allgemein "bestätigt", dass die Bevölkerung Vertrauen in die Finanzpolitik des Staates habe.⁴²⁸

Wie dargelegt wurde, dienen die Berichte der Kontrollorgane, die Debatten im Landtag und die Information der Öffentlichkeit eher der politischen Rechtfertigung. Sie sind weniger darauf ausgerichtet, Rückmeldungen aus den betroffenen Bevölkerungskreisen systematisch zu erfassen oder die Wirkungen der öffentlichen Aufgabenerfüllung festzustellen. Durch die fehlenden Rückkopplungen über die Wirkung und Wirtschaftlichkeit öffentlicher Aufgabenerfüllung dürften sich die heutige Kontrolle und die Information kaum auf das weitere Ausgabeverhalten auswirken. Die Zielsetzungen, die der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben und Verpflichtungen erreichen will, sind ebenso vage und zufällig, wie die Rückmeldungen, die eingeholt oder wahrgenommen werden. Bei festgestellten Unregelmässigkeiten, wie dies im Falle ungerichtet ausbezahlter Wohnbaurdarlehen oder beim Defizit der Liechtensteinischen Krankenkasse der Fall war, geht es in den parlamentarischen und insbesondere in den medialen Auseinandersetzungen der beiden parteigebundenen Landeszeitungen primär nur noch um politische Schuldverteilung und weniger um sachliche Analysen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen.

⁴²⁸ Vgl. LVa vom 26. Mai 1995.